

Pirnaer Bahnhofes, die fast ununterbrochen betruht werden. Wesentlich soll aber auch in Betracht kommen, daß durch die jetzt geplante Ueberführung die Zufuhr zu der von Pirna erstrebten Kaianlage ungünstig beeinflusst werden könnte.

Ferner sind die Besitzer der Glasfabriken und sonstigen Grundstücke auf der Südseite der Eisenbahn auf Pirnaer Flur über die von der Regierung geplante Straßenüberführung verstimmt, weil ihnen durch dieselbe ein Umweg erwächst in ihrem Verkehre nach Dresden zu bez. von Dresden. Für sie kommen in Betracht Führen von Glas nach Dresden und Umgebung, Führen von Glaubersalz aus Mügeln, von Kohlen aus den Elbschiffen, von Asche nach den Lagerplätzen an der Elbe, von Ziegeln aus den Ziegeleien u. a. m. Ein weiteres Interesse für die Glasfabrikbesitzer besteht aber auch darin, daß sie teilweise auf der nördlichen Seite der Bahn Wohnhäuser haben, in denen ihre Arbeiter wohnen. Auch diese Arbeiter würden dann einen großen Umweg nach den Fabriken machen müssen, wenn die Ueberführung der Straße dort erfolgte, wo sie jetzt geplant ist. Es wohnen aber auch manche Arbeiter dieser Fabriken in Kleinsedlitz, Heidentau und Großsedlitz; auch diese würden durch den Umweg beeinträchtigt werden. Deshalb wäre es sehr erwünscht, daß auch, wenn die vorhin von mir berührte Straßenverbindung südlich der Eisenbahn zu Stande käme, doch wenigstens für die Besitzer der obenerwähnten Fabriken und deren Arbeiter der jetzt bestehende Niveauübergang aufrecht erhalten bliebe. Ich möchte der Königl. Staatsregierung anheimgeben, dies zu erwägen, vor allen Dingen aber vorbereitende Schritte zur Ausführung der geplanten Straßenüberführung für die nächste Zeit aufzuschieben und zunächst einmal die Entwicklung der in Frage kommenden Straßen abzuwarten.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Knobloch.

Abg. Knobloch: Meine sehr geehrten Herren! Das hohe Haus wird gewiß dem Botum der verehrten Deputation, welches dahin geht, die Planung in ihrem ganzen Umfange, vielleicht unter Berücksichtigung der Wünsche des Herrn Vorredners, sowohl hinsichtlich des Ausbaues der Strecke, als auch des Ausbaues des Bahnhofes Niedersedlitz, zu genehmigen, gern zustimmen. Nur möchte ich mir gestatten, noch auf einen Satz in dem vorliegenden Berichte hinzuweisen. In Abs. 4 steht:

„da der freihändige Ankauf wegen der zu hohen Forderungen der Eigener nicht möglich ist, muß der Erwerb im Wege der Enteignung erfolgen.“

Es ist mir möglich gewesen, festzustellen, daß bisher der freihändige Ankauf noch nicht versucht worden ist,

und es würde gewiß zur außerordentlichen Beruhigung der betreffenden Adjazenten dienen, wenn vom Regierungstische heute schon die Zusicherung gegeben werden könnte, daß, ehe vom Rechte der Expropriation Gebrauch gemacht wird, der freihändige Verkauf versucht werden wird.

Präsident: Das Wort hat Herr Vizepräsident Dr. Schill.

Vizepräsident Dr. Schill: Meine geehrten Herren! Es ist uns in diesem Landtage bereits zweimal passiert, daß Bewilligungen, die wir ausgesprochen haben, von der Ersten Kammer an uns unter erheblichen Abstrichen zurückgegeben worden sind. Mir scheint dieser Vorgang doch eigentlich für uns recht unerwünscht und eine Veranlassung zu sein, zuzusehen, daß, wo Ersparnisse in der Bewilligung möglich sind, wir gleich selber die betreffenden Abstriche vornehmen, und ich habe, wenn ich den vorliegenden Bericht lese, das beklemmende Gefühl, daß wir hier zum dritten Male von der Ersten Kammer eine derartige Korrektur erfahren könnten. Es ist hier in dem Berichte von der Deputation ausgesprochen worden auf Seite 2 — Herr Präsident, darf ich lesen? —

(Wird gestattet.)

„Der Deputation erscheinen diese Maße allzu reichlich bemessen, sie erwartet daher, daß hier, wenn es ohne Beeinträchtigung des Verkehrs angängig ist, Ersparungen durch Erbauung nicht so weiter Unterführungen gemacht werden“,

und am Schlusse — ich darf wohl die Erlaubniß als darauf erstreckt ansehen? —

(Präsident: Jawohl!)

heißt es dann wieder:

„wobei die Deputation die sichere Erwartung ausspricht, daß in Anbetracht der gegenwärtig billigeren Materialpreise und der gesunkenen Arbeitslöhne sehr wesentliche Ersparnisse erzielt werden, welche bei der Forderung der letzten Rate augenfällig in die Erscheinung treten werden.“

Ganz abgesehen davon, daß diese Erwartung der Ersparniß lediglich eine Aeußerung der Deputation und nicht ein Beschluß des Hauses ist, so scheint mir doch hieraus hervorzugehen, daß die Deputation selbst der Ansicht ist, daß ein erheblicher Abstrich an sich möglich wäre, und, wie gesagt, ich fürchte sehr, daß, wenn wir das nicht machen, die Erste Kammer dies thun wird und dann die Sache wieder an uns zurückkommt. Was den Schlusssatz anlangt: